## Sachdokumentation:

Signatur: DS 3127

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3127



## Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

## Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

## Die schweizerische Koalition zu Palmöl, bestehend aus

























in Partnerschaft mit WALHI West-Kalimantan & WALHI EKNAS, Friends of the Earth Indonesia

Bern / Jakarta, 1. Februar 2018

Herr Bundesrat Johann Schneider-Ammann, Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung;

Frau Retno Marsudi, Aussenminister, Republik Indonesien;

Herr Darmin Nasution, Koordinierender Wirtschaftsminister, Republik Indonesien;

Herr General TNI Dr. Moeldoko, Leiter des indonesischen Präsidialstabs, Republik Indonesien;

Herr Enggartiasto Lukita, Minister of Trade, Republic of Indonesia

Herr Airlangga Hartarto, Minister of Industry, Republic of Indonesia

Offener Brief betr. Freihandelsabkommen Schweiz - Indonesien: Bitte respektieren Sie Menschenrechte und Natur und schliessen Sie Palmöl aus!

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann Sehr geehrte Frau Minister, sehr geehrte Herren Minister

Die unterzeichnenden zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Indonesien und der Schweiz, die sich für Menschenrechte, Umwelt- und Klimaschutz sowie für nachhaltige Entwicklung einsetzen, appellieren an Sie, Palmöl aus dem Freihandelsabkommen (FHA) auszuschliessen, das derzeit zwischen unseren beiden Ländern ausgehandelt wird.

Wir sind der Meinung, dass ein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und Indonesien in erster Linie den Interessen der Allgemeinheit dienen muss. Es sollte sicherstellen, dass Handel und Investitionen zu einer gerechten und nachhaltigen Entwicklung beitragen, zu deren Voraussetzungen eine gesunde Umwelt, eine klimafreundliche Wirtschaft, die Sicherung der Lebensgrundlagen und menschenwürdige Arbeit für alle gehören.

In diesem Zusammenhang sind wir äusserst besorgt über das Thema Palmöl und fordern nachdrücklich, dass Palmöl nicht in die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen Schweiz-Indonesien einbezogen wird.

Indonesien ist der weltweit grösste Palmölproduzent und -exporteur. Die Produktion, Verarbeitung und der Handel mit Palmölprodukten in Indonesien durch in- und ausländische - auch europäische - Unternehmen sowie Bank-Investitionen verursachen enorme Umwelt-, Sozial-, Menschenrechts- und Arbeitsprobleme. Dazu gehören grossflächige Abholzung, Kahlschlag und Verbrennung von Primär- und Sekundärwäldern für Palmölplantagen. Dadurch wird Indonesien zu einem der Hauptverursacher des Klimawandels, und der Palmöl-Anbau verursacht riesige Verluste an biologischer Vielfalt, Umweltverschmutzung, Landraub und Menschenrechtsverletzungen gegenüber lokalen Gemeinschaften sowie schwerwiegende systemische Verletzungen der Arbeitsrechte in diesem Sektor.

Handelsabkommen sind nicht der richtige Ort, um diese Probleme zu lösen. In einem umfassenden Dialog ausserhalb der Vertragsverhandlungen, an dem alle Beteiligten miteinbezogen sind, sollten Indonesien und die Schweiz einen ehrgeizigen Plan entwickeln, um die Probleme im Zusammenhang mit Palmöl auf demokratische, transparente und ganzheitliche Weise anzugehen. Würden Zugangsregeln für Palmöl in das Freihandelsabkommen mit aufgenommen, würde dies zu einer verstärkten Nachfrage nach Palmöl führen. Dies würde weitere landbezogene Konflikte sowie Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsprobleme verursachen.

Wir lehnen deshalb entschieden jeden Vorschlag ab, in dem schwache und freiwillige Zertifizierungssysteme wie RSPO (Roundtable on Sustainable Palm Oil), ISPO und ISCC Palmöl für niedrigere Importzölle qualifizieren. Diesen Systemen fehlt es nicht nur an Umsetzungs- und Durchsetzungsmechanismen, sondern es fehlt ihnen insbesondere und nachweislich ein Schutz der Interessen von lokalen Gemeinschaften, von Arbeitnehmenden, von Kleinbauern und der Umwelt. Die Klage, die indonesische Dorfbewohner kürzlich bei der OECD-Kontaktstelle in der Schweiz gegen das Label RSPO erhoben haben, zeigt einmal mehr, dass der RSPO seine eigenen Standards nicht umsetzt.

Zudem laufen in der Schweiz Tausende von bäuerlichen Familienbetrieben Gefahr, wesentliche Teile ihres Einkommens zu verlieren, da sie Raps und Sonnenblumen in ihrer Fruchtfolge produzieren und das importierte Palmöl ihre einheimische Produktion konkurrenziert. Auch viele Konsumentinnen und Konsumenten sind besorgt über Palmöl. Für sie wird es zunehmend schwieriger, in Schweizer Läden palmölfreie Produkte zu kaufen.

Wir sind überzeugt, dass die Regierungen der Schweiz und Indonesiens offen sind für die Anliegen und Beiträge von Organisationen der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner und erwarten gerne eine umfassende und transparente Kommunikation zum geplanten Abkommen.

Freundliche Grüsse

Die schweizerische Koalition zu Palmöl

WALHI West Kalimantan & WALHI EKNAS (Nationales Büro), Friends of the Earth Indonesia



Laura Regazzoni Meli, Segretaria Generale



Arbeitsgemeinschaft Swissaid · Fastenopfer · Brot für alle Helvetas · Caritas · Heks

Isolda Agazzi, Handel und Investitionen



Sabine Lerch, Nachhaltiger Konsum Schweiz



B. TuPasqui

Bernard DuPasquier, Geschäftsleiter



Johanna Michel, Stv. Geschäftsleiterin



Sophie Michaud Gigon, Secrétaire générale



Urs Leugger, Zentralsekretär



Thomas Braunschweig, Handelspolitik

Schweizer Bauernverband Union Suisse des Paysans Unione Svizzera dei Contadini



Markus Ritter, Präsident



Hritz Glauser, Präsident

U. Min kus Ulrike Minkner, Vizepräsidentin



Beat Schumacher, Geschäftsleiter